

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Unser Land hat zwei weitere Wochen Scholz-Stillstand erlebt, auch wenn die Restkoalition des gescheiterten Bundeskanzlers weiter Aktivität vortäuscht.

Wirtschaftsminister Robert Habeck reist nach Afrika, Außenministerin Annalena Baerbock erklärt der chinesischen Führung in Peking, dass sie keine Drohnen für Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine liefern soll. Und Bundeskanzler Olaf Scholz besucht Kiew. Ergebnisse? Keine.

Aber dort, wo Deutschland mit am Tisch sitzen sollte, wie bei der Konferenz der baltischen und nordischen Staaten zur Sicherheit in der Ostsee, glänzt die Bundesregierung durch Abwesenheit. Besonders peinlich: Auf dem leeren Stuhl nimmt der französische Präsident Emmanuel Macron Platz und meldet so einen Führungsanspruch in Europa an. Bei der EU in Brüssel gelten Scholz und seine Regierung schon länger nur noch als *lame duck*, als flügellahme Ente.

Im Bundeskabinett werden unterdessen eifrig Gesetzentwürfe über die rot-grüne Resterampe geschoben, eine Scheinaktivität. Bei nur noch

zwei Sitzungswochen bis zur Bundestagswahl ist ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren ausgeschlossen. SPD und Grüne missbrauchen das Kabinett als Wahlkampfinstrument.

Gleichzeitig verhindert Scholz den frühzeitigen Ausgleich der kalten Progression und die Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar, indem er diese Schritte mit Forderungen verbindet, die Wirtschaft und Arbeitsplätze weiter schädigen würden. Dank dem Bundeskanzler Olaf Scholz haben die arbeitenden Menschen zum Jahresbeginn kein Höheres Netto vom Brutto. Ich nenne das verantwortungslos. Unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung wird dieser Missstand nach der Wahl als erstes nachgeholt –auch rückwirkend für das Jahr 2024.

Die FDP versucht unterdessen, mit der Abschaffung des nationalen Lieferkettengesetzes Pluspunkte zu sammeln. Die Abschaffung hätte die Partei schon vor sieben Wochen haben können. Damals lehnte sie einen entsprechenden Antrag von CDU/CSU im Bundestag aber ab.

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Scholz-Versagen beim Wohnungsbau überwinden



CDU und CSU wollen mit einem nachhaltigen politischen Kurswechsel das Versagen des gescheiterten Bundeskanzlers Olaf Scholz bei der Schaffung von mehr Wohnraum überwinden.

Dabei helfen soll eine dauerhaft angelegte Kombination aus Steueranreizen, Förderprogrammen und Kostensenkungen.

Außerdem: Entschlackung des Bauordnungsrechts, Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau und Digitalisierung.

Familienfreundliche Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer und gezielte Förderprogramme für energieeffizientes Bauen sollen die Eigentumsbildung unterstützen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet auch die Schaffung von neuen, preiswerten Wohnungen. Dazu sollen steuerliche Anreize wie eine Sonderabschreibung für bezahlbaren Wohnungsbau ausgeweitet werden.

Den Neubau von jährlich 400.000 Wohnungen hatten SPD, Grüne und FDP nach der Bundestagswahl 2021 versprochen. Die Bilanz rund drei Jahre später ist ernüchternd: nur 295.300 neue Wohnungen im Jahr 2022, ähnlich

viele im Jahr 2023. Für 2024 geht das ifo-Institut in München sogar von nur noch 225.000 fertigen neuen Wohnungen aus. Es wäre der niedrigste Wert seit zehn Jahren.

Die rot-grüne Restkoalition versucht jetzt von diesem Versagen abzulenken, indem sie eine rasche Verlängerung der Mietpreisbremse fordert. Die Mietpreisbremse aber schafft keine einzige neue Wohnung. Wohnungsuchenden hilft das nicht. Abgesehen davon besteht kein Zeitdruck für die Verlängerung. Die aktuelle Regelung läuft noch bis Ende 2025.

Die Gründe für den Niedergang des Wohnungsbaus sind rasch aufgezählt – und fast ausschließlich politisch verursacht: Fehlende Planungssicherheit wegen fortwährendem Wirrwarr bei den Förderbedingungen, stark steigende Baukosten infolge immer neuer gesetzliche Anforderungen, bürokratische Hemmnisse, überlange Planungs- und Genehmigungsverfahren – und schließlich noch hohe Bauzinsen.

Das alles sorgt bei privaten Bauherren und Wohnungsunternehmen für Zurückhaltung. Gerade junge Familien können sich eigene Wände kaum noch leisten. Wie tief die Wohnungsbaukrise ist, zeigt auch der Blick auf die Baugenehmigungen. Die Zahl der Baugenehmigungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent und gegenüber 2022 sogar um 40 Prozent eingebrochen.



Sebastian Brehm: „Wir müssen alles daransetzen, das Totalversagen der Regierung Scholz zu überwinden und eine Ausweitung des Wohnungsangebotes zu erreichen. Der Wohnungsbau braucht dringend einen

nachhaltigen Wachstumsimpuls. Die Erfolge werden sich aber nicht von heute auf morgen einstellen können. Dazu ist zu viel versäumt worden. Deshalb muss die Belebung des Wohnungsbaus mit besonderer Energie angegangen werden. Gleichzeitig ist weiter ein angemessener Mieterschutz nötig. Ein neu gewählter Bundestag hat nach der Wahl ausreichend Zeit, zu entscheiden, ob dazu eine Verlängerung der Mietpreisbremse nötig ist.“

Rezession stoppen Wachstum wiedergewinnen



CDU und CSU haben in dieser Woche die Forderung nach tiefgreifenden Reformen zur Überwindung der anhaltenden Rezession erneuert. Wichtige Eckpunkte dabei sind neben Entlastungen von Bürgern und Wirtschaft die Entrümpelung und Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und ein konsequenter Bürokratieabbau. Uns geht es um eine steuerliche Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen, die schrittweise Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von höchstens 25 Prozent sowie die Entlastung von Beschäftigten und Betrieben durch die Begrenzung der

Sozialabgaben auf 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns. Mit der Reduzierung der Stromsteuern auf das europäische Mindestniveau und der Netzentgelte wollen CDU/CSU die Abwanderung energieintensiver Branchen stoppen und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen verbessern.

Der aktuelle Blick auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt ist alles andere als erfreulich. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im Keller. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Oktober sprunghaft auf 1.530 gestiegen, ein Plus von 48 Prozent im Jahresvergleich. Das ist der höchste Oktoberwert seit 20 Jahren. Die Zahl der Insolvenzen überstieg damit in den ersten zehn Monaten die Gesamtzahl des Vorjahres. Gleiches gilt für die knapp 150.000 betroffenen Beschäftigten. Die Zahl der Arbeitslosen steigt – im November 168.000 Arbeitslose mehr als ein Jahr zuvor. Zeitgleich sank die Zahl der gemeldeten offenen Stellen um 65.000.

Schlimmer noch: Die ersten Konjunkturforscher senken bereits die ohnehin schon mageren Wachstumsaussichten für 2025. Sogar ein drittes Flautenjahr wollen einzelne Forscher nicht mehr völlig ausschließen, kommt es nicht zu einem raschen und tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel.



Sebastian Brehm: „Wir brauchen keine ergebnislose Gipfel-Inflation, sondern einen klaren Wachstumskurs. Wir brauchen Taten statt

Tagungen. Das Jahr 2025 muss ein Jahr des Umbruchs werden. Statt jeden Tag ärmer mit Rot-Grün zu werden, müssen wir zurückkehren auf den Pfad von Wachstum, mehr Arbeit und Wohlstand für alle.“

IP-Adressen zur Bekämpfung von Schwerstkriminalität sichern



Kinderpornographie, sexueller Kindesmissbrauch, Terrorismus oder organisierte Kriminalität: Immer wieder führen die Spuren ins Internet. Doch für Polizei und Staatsanwaltschaft ist dies in weiten Teilen ein Dunkelraum, den sie nur äußerst unzureichend ausleuchten können. Weil Verbindungsdaten nicht gespeichert werden, können Tätergruppen nur mit erheblichem Aufwand oder gar nicht erkannt werden.

CDU und CSU haben jetzt einen erneuten Vorstoß unternommen, um die vorhandenen Spielräume für die Datenspeicherung zu nutzen, die der Europäische Gerichtshof aufgezeigt hat. Die IP-Adressen sollen für drei Monate gespeichert werden, um sie für Ermittlungsverfahren zugänglich zu machen.



Sebastian Brehm: „Die IP-Adressen sind gerade bei schwersten Verbrechen wichtige - und manchmal sogar die einzigen - Spuren

zu den Tätern. Dass SPD, Grüne und FDP weiterhin die zeitweilige Speicherung dieser Daten blockieren, ist ein Sicherheitsrisiko. Es hilft den Verbrechern. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.“

Besucher aus der Heimat in der Hauptstadt



Eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis konnte ich in dieser Woche wieder in Berlin begrüßen. Vielen Dank für diesen Besuch und die guten Gespräche während unserer Begegnungen. Es ist mir ein besonderes Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis auch in der deutschen Hauptstadt einen Einblick in meine Parlamentsarbeit zu geben.

Adventsfeier mit der Senioren Union



Mit großer Freude habe ich die Adventsfeier des Bezirksverbandes Nürnberg-Fürth-Schwabach der Senioren-Union besucht. In meinem Grußwort konnte ich unsere Seniorinnen und Senioren über das aktuelle Geschehen in Berlin

informieren. Vielen Dank an unsere Bezirksvorsitzende der Senioren-Union, Marion Plaschka für diesen schönen Nachmittag. Danke auch an alle Gäste für das zahlreiche Interesse. Ich wünsche Ihnen allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit.

Interesse an der Politik wächst vor der Neuwahl



Besonders schön ist es, in der Vorweihnachtszeit mit dem Brehm.mobil unterwegs zu sein. Eine Woche vor Eröffnung des Christkindlesmarkts erstrahlte die Nürnberger Innenstadt wieder in weihnachtlichem Glanz. Danke für Ihren zahlreichen Besuch und die vielen interessanten Gespräche. Man merkt, das Interesse an Politik nimmt vor der Vertrauensfrage von Noch-Kanzler Scholz und der anstehenden vorgezogenen Neuwahl nach dem Scheitern der Scholz-Regierung zu.

Noch einmal vor Weihnachten unterwegs



Vor Weihnachten bin ich noch einmal mit meinem Brehmmobil im Wahlkreis unterwegs. Am **Donnerstag, 12. Dezember 2024**, stehe ich in der Zeit von 16 bis 18 Uhr auf dem **Fritz-Munkert-Platz in Ziegelstein** persönlich für ihre Anliegen und für Fragen zu meiner Arbeit im Deutschen Bundestag zur Verfügung.

Wie immer gibt es an meinem umgerüsteten früheren Feuerwehrfahrzeug einen kostenlosen heißen Kaffee oder Cappuccino. Sollten Sie vorab bereits Fragen zu meiner parlamentarischen Arbeit haben, können Sie mir diese gerne per E-Mail zusenden: sebastian.brehm@bundestag.de. Ich freue mich auf Sie!

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.